Dr. rer. oec. Gerhard Fritsch,
Sektion Politische Ökonomie/MLO:

Entwicklung der Produktivkräfte – höchstes Kriterium des Fortschritts

UZ-REIHE:
Politische Ökonomie des Sozialismus

6 Die materiell-technische Basis der Produktion und der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sozialismus

Die materiell-technische Basis im Sozialismus

Die Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU bestimmen den 9. Fünfjahrplan als eine Etappe des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Kommunismus, deren Hauptaufgabe darin besteht, einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern. (1) Diese Beziehung ist auch im Beschluß des VIII. Parteitages der SED vorhanden, der, ausgehend von der ökonomischen Hauptaufgabe als Einheit von Ziel und Mittel der Produktion unserer sozialistischen Gesellschaft, als Hauptaufgabe der Industrie die Weiterentwicklung und Vervollkommnung der materiell-technischen Basis unserer Volkswirtschaft darstellt. (2)

Erfahrungen lassen es als notwendig erscheinen, zwischen der materiellen Produktionsbasis und der materiell-technischen Basis der Produktion als ein Teil von dieser zu unterscheiden. Die materielle Produktionsbasis ist als Gesamtsumme der wesentlichen Elemente der produktiven Kräfte und der in denselben materialisierten Werte aufzufassen. (3) Vielfach wird die materielle Produktionsbasis mit der sozialistischen Industrie oder der maschinellen Großproduktion verglichen. Allen diesen Auffassungen ist eigen, daß sie die materielle Produktionsbasis in einem Umfang auffassen, wie er der Produktionsweise als Gesamtheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entspricht.

Die materiell-technische Basis ist davon als ein Teil der materiellen Produktionsbasis zu unterscheiden. Sie umfaßt die materiell-gegenständlichen Faktoren der Produktivkräfte innerhalb der materiellen Produktionsbasis. So ist auch der Zusammenhang deutlicher, wie er im Beschluß des VIII. Parteitages vorliegt, wenn dort gesagt wird, daß mit den bedeutenden Aufwendungen für Investitionen im Zeitraum von 1966 bis 1970 die materiell-technische Basis der Volkswirtschaft erweitert wurde und damit die Grundlage für die weitere Stärkung der materiell-technischen Basis des Sozialismus vorliegt. (4)

Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in der sozialistischen Revolution bilden sich Voraussetzungen für eine neue Qualität geschlossener materiell-technischer Basen heraus. Sie entsprechen einer hohen Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion und bewirken eine Zunahme jener Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung, die aus dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen subjektiv-persönlichen und materiell-gegenständlichen Faktoren im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte entspringen.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sozialismus

Der gesellschaftliche Fortschritt bestimmt die progressiven Veränderungen in der materiellen Produktionsbasis des Sozialismus. Wesentliche Kriterien des gesellschaftlichen Fortschritts sind:

– die Entwicklung der Produktivkräfte;

– die Veränderung des Umfangs bei der Beherrschung der Natur, eingeschlossen die Entwicklung der sozialökonomischen Grundlagen;

– die Steigerung des Produktivitätsgrades der Arbeit;

– der Grad der Organisation des gesellschaftlichen Lebens, worin sich qualitativ die neue Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus verdeutlicht;

– der Grad der Entwicklung der Persönlichkeit, einer Entwicklung zum kommunistischen Menschen. (5)

Lenin betonte die außerordentliche Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte als höchstes Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts. (6)

Den wissenschaftlich-technischen Fortschritt wollen wir als den Teil des allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts auffassen, der für die Entwicklung der materiell-technischen Basis entscheidend ist. In der Erringung führender Positionen in einer Reihe von Bereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sah die Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 einen entscheidenden Beitrag des sozialistischen Weltsystems im antiimperialistischen Kampf. (7)

Die Hauptrichtung des technischen Fortschritts führt das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wie es der VI. Parteitag beschlossen hat, auf:

– Erschließung neuer Energiequellen;

– Nutzung der Energiereserven durch die Entwicklung neuer Verfahren der Energieumwandlung;

– Verwendung chemischer Produkte und die Einführung chemischer Bearbeitungsverfahren;

– Anwendung der Ergebnisse der modernen Petrolchemie;

– Vollmechanisierung und teilweise Automatisierung der Arbeitsprozesse, die den Einsatz moderner Rechen- und Steuermechanismen und der Kybernetik einschließen;

– vorrangige Entwicklung der Elektronik, besonders der Mikroelektronik;

– Anwendung hochproduktiver Fertigungsverfahren. (8)

Die wissenschaftlich-technische Revolution

Die Feststellung von quantitativen und qualitativen Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt, von denen die quantitativen Veränderungen eine Vervollkommnung der herkömmlichen Technik und ihrer Ausnutzung bewirken, und die qualitativen Entwicklungen der Herausbildung einer Technik, die neue Prinzipien und Ideen anwendet, in deren Ergebnis neue Gattungen technischer Mittel entstehen, darstellen, führt zur Unterscheidung von revolutionären Prozessen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt. (9) Das aber ist noch nicht hinreichend für die Bestimmung jener revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie mit der wissenschaftlich-technischen Revolution vorliegt. Die Darstellung revolutionärer und evolutionärer Entwicklungen im technischen Fortschritt kann man mit der Feststellung Engels' vergleichen, daß die große Industrie mit ihren immer wieder erneuerten Revolutionen der Produktion alle früheren Produktionsweisen unerbittlich beseitigt. (10)

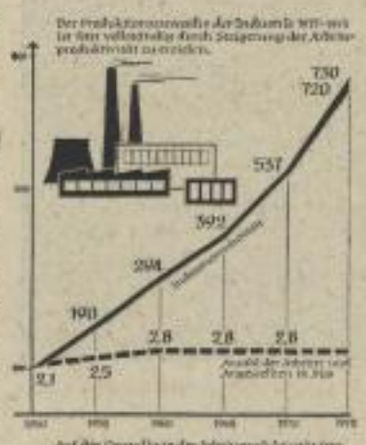
Um das Besondere der wissenschaftlich-technischen Revolution innerhalb einer revolutionären Entwicklung im wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu kennzeichnen, ist es erforderlich, von Betrachtungen auszugehen, mit denen Marx die industrielle Revolution kennzeichnet. Die Arbeitsfunktionen des Menschen als entscheidende Bedingung des Arbeitsprozesses fanden eine revolutionäre Veränderung mit der industriellen Revolution, die insbesondere an großen maschinellen Antrieben, maschinengeführten Werkzeugen und der Variabilität in der Beziehung von Werkzeug und Arbeitsgegenstand, wie sie mit dem Werkzeugschlitten an der Drehmaschine möglich wurde, deutlich war. (11) Das Nutzen der mit der industriellen Revolution erschlossenen Möglichkeiten befreit den Menschen von mechanisch und prozeßbedingten Funktionen in der Produktion. Bereitstellung der Antriebsleistung und Führung bzw. Handhabung des Arbeitsmittels sind maschinelle Operationen. Operative und vorbereitende technologische Gestaltung des Arbeitsprozesses verbleiben als Arbeitsfunktion des Menschen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution kann ebenso nur aus der Weiterentwicklung der Arbeitsfunktionen der Menschen bestimmt werden. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehen die Möglichkeiten, diese verbleibenden Arbeitsfunktionen der Menschen wiederum zu unterteilen und den größeren Bereich von ihnen Maschinen, das heißt gegenständlichen Faktoren der Produktivkräfte zu übertragen. Das bestimmende Kriterium der wissenschaftlich-technischen Revolution besteht mithin darin, daß menschliche Arbeitsfunktionen – wie operative Steuerung, Überwachung und Regulierung, routinemäßig wiederkehrende Entscheidungen – Maschinen übertragen werden und den Menschen im wesentlichen die Funktionen der Zielstellung und der schöpferischen Wegfindung für technologische Weiterentwicklung grundsätzlicher Art überlassen bleiben.

Bei den weiteren Merkmalen der wissenschaftlich-technischen Revolution handelt es sich letzlich um Voraussetzungen und Bedingungen, den Prozeß entsprechend diesem bestimmenden Kriterium zu gestalten.

Planmäßige bewußte Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus

Grundlage der Durchsetzung der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft, wie sie insbesondere mit der produktionspraktischen Funktion der Wissenschaft vorliegt. (12) Für die sozialistische Gesellschaft steht in der Gegenwart in diesem Zusammenhang vor allem die Aufgabe, die Verbindung von Produktion und Wissenschaft enger zu gestalten. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und der gesamtgesellschaftlichen Leitung und Planung durch den Staat sind im Sozialismus entscheidende Voraussetzungen gegeben, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Engels verwies im Zusammenhang mit der „elektronischen Revolution" darauf, daß „... aber damit auch die Produktivkräfte eine Ausdehnung bekommen, bei der sie der Leitung der Bourgeoisie mit gesteigerter Geschwindigkeit entwachsen ..." (13)



Im Hauptdokument der Moskauer Beratung wird daher festgestellt: „Die Einführung der Wissenschaft in die verschiedenen Gebiete des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, die volle Nutzung der Perspektiven, die die wissenschaftlich-technische Revolution für eine beschleunigte ökonomische Entwicklung und für die Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft bietet, werden durch den sozialistischen Charakter des Eigentums, durch die planmäßige Organisation der Produktion, durch die aktive Teilnahme der körperlich und geistig Schaffenden an der Führung und Leitung der Wirtschaft ermöglicht." (14)

In diesen Richtungen liegen demnach auch die Aufgaben, wie sie im Zusammenhang mit dem Anliegen auf dem VIII. Parteitag gestellt wurden, „... die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu vereinigen und in größerem Umfang als bisher dem Sozialismus eigene Formen des Zusammenschlusses der Wissenschaft mit der Produktion zu entwickeln". (15) Die Erfüllung dieser Aufgabenstellung läßt die wissenschaftlich-technische Revolution zu einer gewaltigen, den Sozialismus begünstigenden Kraft werden. (16)

---

(1) Vgl. Die Direktive des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971–1975. Referent: A. N. Kossygin, APN-Verlag, Moskau 1976, S. 20

(2) Vgl. Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 21

(3) Vgl. Tolkatschew, A. S.: Die ökonomischen Probleme der materiell-technischen Basis des Kommunismus in der UdSSR, Verlag Mysl, Moskau 1971, S. 31, russisch

(4) Vgl. Dokumente des VIII. Parteitages der SED, a. a. O., S. 14 und S. 21

(5) Vgl. Müller, W., Gesellschaft und Fortschritt, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1966, S. 72 ff.

(6) Vgl. Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der Ersten Russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 246

(7) Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 26 f.

(8) Vgl. Das Programm des Sozialismus, Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 270 f.

(9) Vgl. Pawljutschenko, W.: Quantitative und qualitative Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt, in: „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", Heft 1/1971, S. 32 f.

(10) Vgl. Engels, F., Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des „Kapital", in: Marx/Engels Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 915

(11) Vgl. Marx, K., Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels Werke Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 408

(12) Vgl. Kedrow, B. M., Lenin über das Verhältnis von Wissenschaft und Technik, in: „Einheit", Heft 4/70, S. 405

(13) Engels, F., Brief an Eduard Bernstein, 27. Februar – 1. März 1883, in: Marx/Engels Werke, Bd. 35, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 445

(14) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ... a. a. O., S. 28

(15) Dokumente des VIII. Parteitages der SED, a. a. O., S. 25

(16) Vgl. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, vorgetragen von Genossen L. I. Breshnew, in: „Presse der Sowjetunion", Heft 38/71, S. 18

Ihr Ziel: die Entwaffnung der Arbeiterklasse

„Reform"- und „Integrations"politik des Monopolkapitals – Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwesentlichen, um die Herrschaft des Großkapitals zu erhalten (DKP)

Zum Hauptziel imperialistischer „Integrations"politik / Von Dr. jur. habil. Manfred Premßler, Institut für internationale Studien

Die kommunistischen und Arbeiterparteien haben auf ihrer Beratung 1969 in Moskau hervorgehoben: Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung verbindet der Imperialismus offene Gewalt mit Demagogie und bürgerlichem Reformismus. Er sucht ständig nach neuen Methoden, um die Arbeiterklasse in das System des Imperialismus zu „integrieren"[1]). Diese Einschätzung trifft auch voll und ganz auf den Imperialismus der BRD zu.

Es sind im wesentlichen zwei Gründe, warum die Arbeiterklasse – vier Fünftel aller Erwerbstätigen der BRD – mittels imperialistischer „Integrations"politik an den staatsmonopolistischen Kapitalismus gebunden werden soll.

Erstens erkennt die Monopolbourgeoisie in der Arbeiterklasse die Kraft, die historisch berufen ist, das imperialistische System zu beseitigen und von der deshalb am ehesten ihre Profit- und Machtsphäre erschüttert werden kann. Friedrich, Präsident der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" (BDA), sprach denn auch von der „bedrückenden Herausforderung" des Sozialismus, der nur durch eine integrationistische Reformpolitik gegenüber der Arbeiterklasse zu begegnen sei. „Nur dann besteht die Chance, daß das Bestehende nicht zerstört, sondern auf Grund neuen Gedankengutes ausgebaut werden kann"[2]).

Zweitens verspricht sich die Monopolbourgeoisie mit der „Integration" der Arbeiterklasse eine weitere Profitmaximierung. Der bürgerliche Ökonom und Soziologe Friedmann schrieb bereits 1952, sie binde den Menschen an die Produktionsgemeinschaft und erwirke seine freiwillige Zustimmung und Mitarbeit. Die Integration „ist zu gleicher Zeit Voraussetzung für eine größere Entfaltung seiner physischen Produktionskräfte und seiner psychischen Kräfte – technisches Verständnis, Erfindungsgabe und Initiative"[3]). Heute hat sich diese Erkenntnis bei der Monopolbourgeoisie allgemein durchgesetzt. Sie erhebt die Forderung nach dem aktiven Produzenten, der nach dem Prinzip des „Selbstzwanges" und der „Selbstkontrolle" höchste Leistungen vollbringt. Folgerichtig ruft die BDA dazu auf, die modernen Integrationshilfen verstärkt mit einem zeitgemäßen Führungsstil und der Zusammenführung der „Mitarbeiter" in eine Leistungsgemeinschaft zu verbinden[4]).

Diese Ziele des Monopolkapitals macht die sozialdemokratische Führung unmittelbar zu ihren eigenen. Als staatserhaltende Partei will sie eine Arbeiterklasse, die die imperialistischen Ausbeutungs- und Machtverhältnisse als Teile einer „sozialgerechten, menschenwürdigen und modernen Industriegesellschaft" anerkennt. Deshalb will Brandt auch „Ernst machen mit der Integration der Arbeiter"[5]).

Das „neue Gedankengut" der herrschenden Kräfte enthält eine Vielzahl von Instrumentarien, um ihre „Integrations"politik durchzusetzen. Hier soll auf drei aufmerksam gemacht werden.

* *

Versuche, die Gewerkschaften unterzuordnen

Vorrangig ist ihr Versuch, sich die Gewerkschaften als die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse mit Hilfe eines ihr aufgezwungenen Funktionswandels unterzuordnen. Die Gewerkschaften sollen nicht mehr als Klassenorganisation wirken, sondern auf der Basis einer „Sozialpartnerschaft" zwischen Unternehmer und Arbeiter zu einem „Ordnungsfaktor" des imperialistischen Systems werden. Entgegen der Wirklichkeit – das Profitsystem des Monopolkapitals hat sich ebensowenig verändert wie seine autoritäre Alleinherrschaft – wird behauptet, der moderne Kapitalismus wäre nicht mehr Kapitalismus. Nicht mehr der Profit, sondern die Produktion sei das entscheidende Motiv. Dies hätte den Ausgleich der Klasseninteressen zur Folge, so daß die Gewerkschaften in dem „Industriesystem" von der „Technostruktur" auf eine rein ergänzende Hilfs- und Mittlerfunktion reduziert wären. Ihre einzig mögliche Aufgabe könne sein, das System weitestgehend reibungslos funktionieren zu lassen[6]). Mit anderen Worten: nicht Überwindung privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse, sondern nur ihre sogenannte Humanisierung; nicht Kampf um höhere Löhne und um Aufhebung der bestehenden Vermögensungleichheit, sondern nur mit den Unternehmern abgestimmtes und vom Staat genehmigtes tarifpolitisches Verhalten, wie es die von Schiller 1967 eingeführte „konzertierte Aktion" verwirklichen soll: keine demokratische Mitbestimmung, sondern nur Beteiligung bei den sozialpolitischen Entscheidungen der Unternehmer; nicht Klassenkampf, sondern Sozialpartnerschaft. Die Gewerkschaften sollen zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilisatoren werden, die vor allem Impulse für eine „systemkonforme Weiterentwicklung der sozialen Gruppen" zu geben hätten und die sich auf die Funktion als „Verstärker der Produktivkräfte" besinnen, um die ökonomische Basis imperialistischer Machtpolitik zu festigen.

Reaktionäre „Mitbestimmungs"modelle

Weiterhin bedient sich die Monopolbourgeoisie bei der Bindung der Arbeiterklasse an ihr System reaktionärer „Mitbestimmungs"-modelle. Unter Mißbrauch des Begriffs Mitbestimmung werden institutionelle Formen entwickelt, die nicht nur nichts gemein haben mit den Vorstellungen der fortschrittlichen Kräfte in der BRD über Mitbestimmung, sondern die vielmehr diese Vorstellungen unterwandern sollen. Die Mitbestimmung als Waffe des Klassenkampfes zur Erringung, Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen sowie zur Einschränkung und Kontrolle des Monopolkapitals soll in eine integrative Mitbestimmung umgefälscht werden. Diese ist in erster Linie darauf ausgerichtet, Abwehrmittel gegen den Sozialismus zu sein. Indem sie als gleichberechtigte Beteiligung und Mitverantwortung an den Entscheidungen der Unternehmer propagiert wird, soll sie weiter die illusionäre Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit begründen und verstärken. Schließlich soll mit ihr über die juristische Bindung der Mandatsträger an das „Wohl des Unternehmens" die Integration der Arbeiterklasse beschleunigt werden. Typisches Beispiel ist das neue Betriebsverfassungsgesetz, das die unternehmerische Entscheidung unangetastet läßt und das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nur in zweitrangigen Fragen geringfügig ändert. Bei seiner Verabschiedung durch den Bundestag Ende 1971 machten die Sprecher der Regierungsparteien ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das Ziel, die Marktwirtschaft durch eine Integration aller Beschäftigten zu festigen und zu stärken, jetzt schneller angegangen werden könne[7]).

Die Illusion von der „Vermögensbildung"

Zum dritten ist es die sogenannte „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", mit der im Rahmen der imperialistischen Reformpolitik die Arbeiterklasse entwaffnet werden soll. Um die Jahr für Jahr sich verstärkende Profitmaximierung nicht zu gefährden, sollen einige Millionen Westdeutscher als Kleinaktionäre mit dem System verbunden werden. Die Volksaktie soll eine möglichst starke Eigentumsbildung und eine möglichst breite Eitentumsstreuung garantieren. Das Ganze wird als eine Symbiose sozialistischer und neokapitalistischer Experimente hingestellt, mit deren Hilfe eine angeblich soziale Emanzipation unter den Bedingungen privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich sei. Mittels freiwilliger oder erzwungener, staatlicher oder betrieblicher Erhöhung der Sparquoten will man gegenwärtig breiten Bevölkerungsschichten zu einem „Kleinvermögen" verhelfen, das ihnen die Illusion vermitteln soll, am Vermögenszuwachs der Gesellschaft gleichberechtigt beteiligt zu sein und ihnen gleichzeitig die Verpflichtung auferlegt, die staatsmonopolistische Eigentumsstruktur als schutzwürdig zu betrachten. Die angesteuerte umfassende „Integration" der Arbeiterklasse soll eine materielle Grundlage erhalten, aus der wiederum Rückschlüsse für eine vollständige Bejahung der Sozialpartnerschaft und der Klassenharmonie erwartet werden.

Dieser „Integrations"politik des Monopolkapitals sind jedoch objektiv Grenzen gesetzt, weil die aus dem Klassenantagonismus der imperialistischen Gesellschaft sich ergebenden Widersprüche im Rahmen des Systems nicht überwunden werden können. Dennoch hat sie in Teilen der Arbeiterklasse zeitweise zur Verwirrung beigetragen und deren Kampfbereitschaft gelähmt. Deshalb muß die Arbeiterbewegung dieser „Integrations"strategie eine eigene politische Strategie entgegensetzen, die, wie die DKP in ihren Parteitagsthesen fordert, den Kampf um die Tagesinteressen des arbeitenden Volkes mit dem Kampf um tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltung verbindet[8]).

---

(1) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Berlin 1969, S. 11

(2) Vgl. Gewerkschaftsspiegel, Westberlin, Nr. 5/1971, Dok., S. 14

(3) G. Friedmann, Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln/Opladen 1952, S. 361

(4) Vgl. Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1. Dez. 1969–30. Nov. 1970, Bergisch Gladbach 1970, S. 119

(5) Vgl. SPD-Bundesparteitag vom 11.–14. Mai 1970 in Saarbrücken, Tagesprotokoll vom 13. Mai 1970, Saarbrücken 1970, S. 13

(6) Vgl. John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München–Zürich 1968

(7) Vgl. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 135. Sitzung, 10. Nov. 1971, S. 6926

(8) Thesen des Düsseldorfer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, These 9, Düsseldorf 1971

SLUB
Wir führen Wissen.